

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Volksblatt

Beitelsjährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr. ; für Aus-
wärtige portofrei
12 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silbgr.

N: 103.

Paderborn, 28. August

1849.

Uebersicht.

Betrachtung über die Grundsteuer (vom Abgeordneten Bür-
germeister Hesse.)
Deutschland. Berlin (Bericht des Herrn Abgeordneten Bürgermeister
Hesse über die Kammer-Verhandlungen: Entlassung der Waigefan-
genen; Gesetzesvorlagen; Baiersche Note; Eröffnungen elektro-
magnetischer Telegraphen); Königsberg (Dr. Dillenburger als
kathol. Regierungsrath); Frankfurt (Börse; Weda Weber);
Karlsruhe (Tobienfeier; Erzbischof v. Vicari; Orden-Verleihung);
Rastatt (Sigel in der Schweiz verhaftet); Reutlingen (Ueber-
Empfang der aus Baden heimkehrenden Truppen); Rottenburg
(General-Versammlung der württembergischen Pius-Vereine);
Wien (der Kaiser und der russische Thronfolger; Aufhebung der
Grundlasten in Tyrol; der Gemeinderath angeklagt u.); Ratibor
(der russische Thronfolger).
Schleswig. (Auswechslung der Gefangenen).
Ungarn. (Nachrichten vom Kriegsschauplatz).
Rußland. Warschau (kirchliche Dankfeier).
Italien. (Rom in neuer Revolution begriffen.) Vermischtes.

Auch eine
Betrachtung über die Grundsteuer
aus den westlichen Provinzen mit Andeutungen zu gerechter Steuer-
Ausgleichung und Vertheilung.

(Schluß.)

Allerdings ist, wie in den Betrachtungen des Herrn Koppe
über die Grundsteuer gesagt wird, „die gleichmäßige Ver-
theilung der Steuerfähigkeit auf alle Staatsange-
hörigen, und die zweckmäßigste Art ihrer Erhe-
bung“ ein zur Zeit noch zu lösendes Problem. Allein dieses
Problem wird durch die jetzigen Kammern ziemlich annähernd ge-
löst werden können, wenn sie

1. den alten Streit darüber, ob die westlichen oder die östlichen
Provinzen zu viel oder zu wenig bezahlen, ganz fallen lassen,
und dagegen
2. bei der projektirten Einkommensteuer dasjenige in An- und
Abrechnung bringen lassen, was an Grund- und Gewerbe-
steuer, die ja auch auf dem Einkommen unmittelbar ruhen,
von den einzelnen Steuerpflichtigen bereits entrichtet wird.
Oder endlich
3. Wenn alle Provinzen des Staats Tabula rasa machen; die
Grund- Klassen- und Gewerbesteuer überall aufheben, und
dafür eine nach gleicher Veranlagungs-Prinzipien zu erhebende
„Einkommenssteuer“ einführen. Es ist dies Verlangen
von mir in der Schrift „Licht und Schattenpunkte
der Preussischen Staatsverwaltung 1833“ pag.
38—63, insonderheit aber pag. 59—62, nach vorheriger
Beleuchtung der ganzen Steuerverfassungsfragen, näher ent-
wickelt worden.

Dieses Verlangen ist um so billiger und gerechtfertigter, als
namentlich die älteren Provinzen alsdann die Millionen ersparen
können, welche die westlichen Provinzen für das neue Grundsteuer-
Cataster haben besonders aufwenden müssen, und weil in diesen
Provinzen die ermittelten Cataster Rein-Erträge, was den bloßen
Grundbesitzer anbelangt, das Einkommen ziemlich sicher nachweisen
lassen. Eine andere Frage ist jedoch: ob der Staat bei der allei-
nigen Einkommensteuer — unter Beseitigung der vorangeführten
direkten Steuer-Arten — seine Rechnung finden, und die funda-
mentirte Grundsteuer ganz aufgeben könne? dieser Frage will ich
zur Zeit noch nicht vorgreifen; es sind zu deren gründlicher Erör-
terung zuvor die ministeriellen Vorlagen zu erwarten. Durch die
Einführung 12 neuer höherer Klassen-Steuerstufen bis zu monat-
lich 200 Thlr. läßt sich diese Ausgleichung und Gleichstellung nicht
bewirken; ich bin vielmehr der Ansicht, daß auch die Klassensteuer
in der Einkommens-Steuer aufgehen, und daß hiezu jeder nach
Vermögen und Kräften herangezogen werden könne; denn wer

viel hat muß viel, wer wenig hat muß wenig, und die geringere
Volksklasse soll am wenigsten oder gar nichts geben! Ich will ver-
suchen, dies durch einige aus dem Leben gegriffene Beispiele näher
zu beleuchten:

Ein bedeutender Gutsbesitzer in Westphalen — dessen Vorsah-
ren in der nächsten und früheren Garantie ebenfalls ganz steuer-
frei waren — entrichtet seit 1806 jährlich über 10,000 Thlr.
Grundsteuer; ihn würde der höchste Classensteuerfuß mit 200 Thlr.
monatlich treffen, während ein gleich großer Grundbesitzer in den
östlichen Provinzen — der vielleicht jetzt kaum 100 Thlr. Ritter-
steuer zahlt — auch nicht höher in der Classensteuer betroffen
werden würde.

Ein Beamter in einer westlichen Provinzial-Stadt bezieht von
seinem Gute und an Gehalt jährlich 1600 Thlr., und entrichtet
jährlich an Grundsteuer 52 Thlr.
und an Classensteuer 48 Thlr.

Zusammen 100 Thlr.
während ein mit 2000 Thlr. besoldeter Beamter in derselben Stadt
nur 48 Thlr. an Classensteuer, also die Hälfte weniger als jener,
entrichtet. Ein Grundbesitzer hat 500 Acker Land, welche zu 880
Thlr. jährlichen Reinertrag eingeschätzt sind; davon entrichtet er an
Grundsteuer 110 Thlr. also 12 $\frac{1}{2}$ %
ferner an jährlicher Rente für abgelö-
sete Steuer und Zehnten 154 Thlr. oder 17 $\frac{1}{2}$ %
Außerdem an Classensteuer 48 Thlr. oder 5 $\frac{1}{2}$ %

mithin zusammen 35 $\frac{1}{2}$ %
Ein Anderer muß zahlen von 148 Morgen zu 288 Thlr. Rein-
Ertrag an Grundsteuer 36 Thlr.
an Renten 64 Thlr.
an Classensteuer 8 Thlr.

Summa 108 Thlr.

also 37 %

Solcher Beispiele aus den westlichen Provinzen lassen sich un-
zählige aufstellen, wodurch der Beweis erbracht werden kann, daß
die dortigen Grundbesitzer nicht der Bevorzugung sich rühmen, viel-
mehr die Einführung einer gleichmäßigen Einkommenssteuer nur
sehnlichst wünschen können. Es soll hiemit aber keinesweges an-
gedeutet sein, daß der Grundbesitzer und Capitalist nach gleichem
Maassstabe zu behandeln seien; der Grundbesitzer ist den Schwan-
kungen nicht so sehr als der Capitalbesitzer ausgesetzt, und der
letztere kann sich der Controle der Einschätzung leichter als jener
entziehen. Ich enthalte mich nun weiterer Beispielsanführungen;
sie werden ohnehin nicht mehr beweisen, als was schon hinlänglich
bewiesen ist, nämlich: „daß es die dringendste und unabweisbarste
Aufgabe der Kammern sei: Gleichheit der Besteuerung in allen
Provinzen des Staats herbeizuführen, und wie Hr. Koppe selbst
„zugestehet, den provinziellen Partikularismus endlich zum Schwe-
igen zu bringen.“

Berlin im August.

Hesse.

Deutschland.

Berlin, 21. August. Mit den wichtigsten Gesetzes-Ent-
würfs-Vorlagen werden die Kammern jetzt gleichsam überfluthet.
Die Revision der Verfassung; die allgemeine Abfassungsordnung
der Realasten und über Regulirung der gutherrlichen und bäuer-
lichen Verhältnisse; die Ergänzung und Abänderung der Gemeinheits-
theilungsordnung; Errichtung von Gewerbgerichten; die Gemeinde-,
Kreis- und Bezirks-Ordnung; die Aufhebung der Grundsteuerfrei-
heit in Verbindung mit der endlichen Grundsteuer-Ausgleichung
und Einführung einer „Einkommenssteuer“; alle diese und andere
wichtige Gesetzesvorlagen werden in den Commissionen berathen!
und alsdann im Pleno zur Diskussion gebracht. Die Bildung